

Knill beauftragt Schulen, den Lehrplan 21 umzusetzen

CHRISTOF WIDMER

WEINFELDEN. Seit gestern stehen die Thurgauer Schulgemeinden und Schulleitungen in der Verantwortung. Sie haben von Erziehungsdirektorin Monika Knill offiziell den Auftrag erhalten, den Deutschschweizer Lehrplan 21 umzusetzen. Das Instrument wird am 1. August 2017 in Kraft treten. Danach haben die Schulen vier Jahre Zeit, ihn schrittweise einzuführen. In den

nächsten zwei Jahren müssen Schulbehörden und Schulleitungen die Vorbereitungen dazu treffen.

Verbände an Bord

Die massgebenden Verbände stellten sich gestern ausdrücklich hinter das Vorhaben. Er sei überzeugt, dass die Schulgemeinden den Lehrplan bestens umsetzen, sagte Felix Züst, Präsident des Verbands der Thurgauer Schulgemeinden. Die Schul-

leitungen seien motiviert, sagte Thomas Minder, Präsident des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Thurgau. Von einem Meilenstein und klaren Zielen sprach Anne Varenne, die Präsidentin des Verbands Bildung Thurgau. Alle Beteiligten sprachen von einer grossen Herausforderung.

Kein pädagogisches Experiment

Dass die Lehrplangeegner im Thurgau Unterschriften für eine

kantonale Volksinitiative sammeln, dürfe die anstehenden Arbeiten nicht stoppen, sagte Erziehungsdirektorin Knill. Sie versicherte, dass die Einführung des Lehrplans 21 kein pädagogisches Experiment sei. Der neue Lehrplan aktualisiere die bisherige Praxis.

Zu den Lehrplangegnern haben sich inzwischen auch GLP-Ständeratskandidat Klemenz Somm sowie vier CVP-Kantonsräte geschlagen. ▶ THURGAU 17

Thurgauer Zeitung, 20.8.2015

Knill treibt neuen Lehrplan voran

Erziehungsdirektorin Monika Knill hat gestern den Schulgemeinden den Auftrag erteilt, den Lehrplan 21 auf 1. August 2017 einzuführen. Die Unterschriftensammlung der Lehrplangeegner sei kein Anlass, die Arbeiten zu stoppen.

CHRISTOF WIDMER

WEINFELDEN. An eingängigen Vergleichen hat es gestern nicht gefehlt: Vom Beginn eines Marathons war die Rede oder von der olympischen Fackel, deren Licht nun in die Schulhäuser getragen werde. Gemeint war der Start zur Umsetzung des Lehrplans 21. Auch Anne Varenne war um einen olympischen Vergleich nicht verlegen: «Ich hoffe, es kommt nicht so heraus wie jetzt in Griechenland», sagte die Präsidentin des Verbands Bildung Thurgau. Sie zeigte sich aber zuversichtlich, dass der Lehrplan erfolgreich eingeführt wird.

Seit gestern sind die Schulgemeinden für die Umsetzung des neuen Lehrplans verantwortlich. Erziehungsdirektorin Monika Knill hat ihnen an einer Tagung mit 250 Schulpräsidenten und Schulleitern offiziell den Auftrag dazu gegeben. Zuvor hat die Regierung beschlossen, dass der Lehrplan definitiv am 1. August 2017 in Kraft tritt.

Schrittweise Einführung

Ab dem Schuljahr 2017/18 wird der neue Lehrplan vom Kindergarten bis zur 1. Sek gelten. Die dannzumaligen 2. und 3. Sekundarklassen werden nicht mehr umgestellt. In den anderen Klassen wird das neue Instrument schrittweise eingeführt. Erst ab dem Schuljahr 2019/20 müssen alle Fächer auf die neuen Lehrplaninhalte umgestellt sein. Von Anfang an gelten überall die neuen Stundentafeln, die vorschreiben, wie viele Lektionen für welches Fach nötig sind.

Zentrale Teile des Lehrplans sind heute noch nicht bekannt. Dabei handelt es sich um die Thurgauer Elemente, die aus dem Lehrplan 21 einen «Lehrplan Volksschule Thurgau» machen sollen. Dazu zählen die Streichung des Frühfranzösisch und in der Folge die Stärkung des Französischen in der Sek. Auch die Ausgestaltung der Zeugnisse gilt es noch zu regeln.

Trotzdem können die Schulgemeinden jetzt schon mit den Vorbereitungsarbeiten beginnen, sagte Regierungsrätin Knill.



Bild: Reto Martin

Stehen zum Lehrplan: Felix Züst (Schulgemeinden), Anne Varenne (Bildung Thurgau), Thomas Minder (Schulleiter), Regierungsrätin Monika Knill.

Es gehe in einem ersten Schritt darum, die Schulen im Grundsätzlichen an den neuen Lehrplan heranzuführen – vor allem an den kompetenzorientierten Unterricht: Schüler sollen sich nicht nur Wissen aneignen, sondern es auch anwenden können. Gesetzt sind auch die neuen Fachbereiche wie «Räume, Zeiten, Gesellschaften» mit Geschichte, Geographie und Politik. Details könnten später angegangen werden, sagt Knill. Die Thurgauer Spezifika zum Lehrplan lägen 2016 vor.

Zwar stehen jetzt die Schulgemeinden in der Verantwortung. Der Kanton leistet ihnen aber Hilfe. Die Schulverantwortlichen fassten gestern einen Ordner mit Vorgaben. Er definiert Ziele zu verschiedenen Themenfeldern wie der Kompetenzorientierung, den neuen Fachbereichen oder der Leistungsbeurteilung. Zudem übernimmt der Kanton die Schulung der sogenannten Multiplikatoren. Das sind Lehrerinnen und Leh-

rer, die sich gut mit dem Lehrplan auskennen und das Wissen in ihre Schulhäuser tragen. Für deren Einsatz erhalten die Schulgemeinden kantonale Beiträge. Auch die Pädagogische Hochschule begleitet die Lehrpläneinführung mit einem Pool aus 30 Dozenten. Jede Schulgemeinde könne den Lehrplan in der vierjährigen Einführungszeit individuell umsetzen, sagte

Gesamtprojektleiterin Sandra Bachmann.

Kein Stop wegen Initiative

Dass die Lehrplangeegner im Kanton Unterschriften für eine Initiative sammeln, ist für Regierungsrätin Knill kein Grund, die Einführung zu stoppen. Der Regierungsrat halte sich an geltendes Recht. Und dieses gibt ihm die Kompetenz, Lehrpläne ein-

zuführen. «Wir dürfen uns von einer Unterschriftensammlung nicht aufhalten lassen», sagt Knill. Das Volksschulgesetz schreibe zudem vor, dass sich der Unterricht «an die jeweiligen Zeit- und Lebensanforderungen» anzupassen habe. Das geschehe nun. Knill versicherte, dass der Lehrplan keine Revolution sei, sich der Kanton auf keine Experimente einlasse und die Lehrerinnen und Lehrer weiterhin Freiheit im Unterricht hätten. Hinter dem Lehrplan stehen auch die massgebenden Verbände. Die Spitzen des Verbands Thurgauer Schulgemeinden, des Verbands der Schulleiter und des Lehrerverbands Bildung Thurgau bekannten sich gestern ausdrücklich dazu.

Der Lehrplan wurde von den 21 Deutschschweizer und mehrsprachigen Kantonen entwickelt. Das gemeinsame Werk soll die Mobilität von Familien mit Kindern erleichtern. In mindestens elf Kantonen sind aber Initiativen dagegen lanciert worden.

Gegner erhalten Zuzug

FRAUENFELD. «Wir werden weiter Unterschriften sammeln, um eine Abstimmung zu erzwingen», sagt Felix Huwiler, Co-Präsident der IG für eine gute Thurgauer Volksschule. Diese hat eine Volksinitiative lanciert, um das Volksschulgesetz zu ändern: Demnach soll nicht mehr der Regierungsrat, sondern der Grosse Rat die Lehrpläne verabschieden. Der Beschluss untersteht dem fakultativen Refe-

rendum. Die IG will so eine Abstimmung über den Lehrplan 21 erreichen – in der Hoffnung auf ein Nein. Dem Komitee gehören laut Homepage neben einigen SVP- und EDU-Kantonsräten auch GLP-Ständeratskandidat Klemenz Somm, die CVP-Kantonsräte Reto Lagler, Patrick Hug, Urban Brüttsch und Willy Weibel sowie SP-Kantonsrat Peter Dransfeld und alt Nationalrat Peter Schmid (GP) an. (wid)

KOMMENTAR

Monika Knill ist beim Wort zu nehmen

Erziehungsdirektorin Monika Knill macht vorwärts mit dem Lehrplan 21: Gestern hat sie die Schulgemeinden beauftragt, ihn auf 1. August 2017 einzuführen. Dabei nimmt sie keine Rücksicht auf die laufende Unterschriftensammlung für die Volksinitiative der Lehrplangeegner. Dass Knill die Arbeiten fortführt, ist konsequent. Wenn eine Gruppe beginnt, Unterschriften zu sammeln, bedeutet das nicht, dass gleich das ganze Projekt gestoppt werden muss.

Wohlgemerkt: Hinter dem Lehrplan 21 lassen sich Fragezeichen setzen. Die in ihm aufgeführten Tausenden von Kompetenzen und Kompetenzstufen wecken die Befürchtung, dass es sich um ein bürokratisches Monstrum handelt. Skeptisch sind nicht nur die üblichen Verdächtigen aus dem rechten Lager. Wenn die Gegner aber beispielsweise zum Schluss kommen, dass wegen des Lehrplans die Kinder nicht mehr zu frei denkenden Demokraten erzogen werden, ist das überzogen.

Die Verantwortlichen haben es nun in der Hand, aus dem Lehrplan 21 ein vernünftiges Instrument zu machen. Die Umbenennung in «Lehrplan Volksschule Thurgau» reicht dafür bei weitem nicht. Regierungsrätin Knill und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben gestern beteuert, dass der Lehrplan keine pädagogische Revolution sei, sondern dass er die Praxis fortführe und aktualisiere. Sie haben auch betont, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihren Unterricht weiterhin frei gestalten werden. An diesem Versprechen sind sie zu messen: Keine pädagogischen Experimente, keine Verbürokratisierung des Unterrichts und keine Einschränkung der Methodenfreiheit. Wird das glaubhaft umgesetzt, braucht Knill auch eine Volksabstimmung nicht zu fürchten, sollte sie denn zustande kommen.

Christof Widmer
christof.widmer@thurgauerzeitung.ch

Thurgauer Zeitung, 20.8.2015